



Geschäftsführung Unterausschuss Wohnen

Frau Rieckborn

Telefon: (0221) 221 27467

Fax: (0221) 221 27447

E-Mail: Alexandra.Rieckborn@stadt-koeln.de

Datum: 19.01.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Unterausschusses Wohnen** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 09.12.2021, 15:30 Uhr bis 16:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ: Es stehen begrenzt Plätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Medizin. Masken/FFP2-Masken, Test oder Immunisierungsnachweis sind erforderlich. (s. Infektionsschutzhinweise).

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Pascal Pütz SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
Herr Michael Frenzel	Auf Vorschlag von SPD
Herr Jürgen Kircher	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Lisa Hanna Gerlach	Volt

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Floris Rudolph GRÜNE Vertretung von Frau Heuser

Beratende Mitglieder

Herr Alexander Serjoscha Brommer	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Thomas Tewes	Auf Vorschlag von CDU
Herr Ioannis Theocharis	Auf Vorschlag von Klima Freunde

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer AfD Vertretung von Frau Finsterle

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Marion Heuser	GRÜNE	entschuldigt
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	entschuldigt
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU	entschuldigt

Beratende Mitglieder

Frau Diana Finsterle	Auf Vorschlag von AfD	entschuldigt
Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE	entschuldigt
Frau Bärbel Hölzing	GRÜNE	entschuldigt
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	entschuldigt
Frau Christine Seiger	GRÜNE	entschuldigt
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD	entschuldigt
Herr Oliver Seeck	SPD	entschuldigt
Herr Rafael Christof Struwe	Auf Vorschlag von SPD	entschuldigt
Herr Franz Xaver Corneth	Auf Vorschlag von CDU	entschuldigt
Herr Felix Spehl	CDU	
Frau Angelika Link-Wilden	Auf Vorschlag von DIE LINKE	
Frau Maria Tillessen	Auf Vorschlag von FDP	entschuldigt
Frau Jennifer Glashagen	Volt	entschuldigt
Herr Roman Jochim	Auf Vorschlag von Volt	entschuldigt

Herr Vorsitzender RM Pütz eröffnet die 2. Sitzung des Unterausschusses Wohnen in der Wahlperiode 2020/2025 um 15:30 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Gremiums und die Vertreter*innen der Verwaltung.

Für die Verwaltung anwesend: **Herr Beigeordneter Dr. Rau**, Dezernent für Soziales, Gesundheit und Wohnen, **Herr Ludwig**, Amt für Wohnungswesen, **Frau Dr. Robinson**, Amt für Soziales, Arbeit und Senioren, **Frau Weller**, Dezernatsbüro Soziales, Gesundheit und Wohnen, **Herr Kiefer**, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, **Frau Klehr**, Wohnungsbauleitstelle, **Frau Scholz**, Amt für Stadtentwicklung und Statistik.

Herr Vorsitzender RM Pütz weist zu Beginn kurz auf die aktuellen Hinweise zum Infektionsschutz hin und bittet aufgrund der Coronalage, die Redebeiträge auf das Notwendige zu beschränken.

Da es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft er den ersten Tagesordnungspunkt auf.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Künftige Arbeitsweise des Ausschusses und mögliche Themen**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 Ausschussempfehlungen an den Rat**
 - 3.1 Städtische Katastrophenschutzeinrichtung Boltensternstr. 2-4, 50735 Köln-Niehl
hier: Planungsbeschluss für eine Dachsanierung
3067/2021
 - 3.2 Verlängerung Auszugsmanagement 2022/2023
3308/2021
 - 3.3 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen, hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet Mülheim Süd-West
2912/2021
 - 3.4 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“
1987/2021
 - 3.5 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes
3303/2021

4 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

5 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Beantwortung der mündlichen Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Sachstand zur Winterhilfe

5.2 Beantwortung einer Anfrage: Altes Krankenhaus Weidenpesch - Sachstand 3759/2021

5.3 Beantwortung einer mündl. Anfrage zu TOP 10.11 aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 08.11.2021
4183/2021

6 Mitteilungen

6.1 Modellversuch des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verlängerung und zum Ankauf von Belegungsbindungen
3739/2021

6.2 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Neusser Landstraße 117, 50769 Köln-Fühligen - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 I Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung
2897/2020

II. Nichtöffentlicher Teil

7 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

9 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

11 Mitteilungen

11.1 Bußgeldkatalog der Stadt Köln zur Ahndung von Verstößen gegen das Wohnraumstärkungsgesetz Nordrhein-Westfalen (WohnStG NRW) und die Satzung zum Schutz und Erhalt von Wohnraum in Köln (Wohnraumschutzsatzung)
4024/2021

I. Öffentlicher Teil

1 Künftige Arbeitsweise des Ausschusses und mögliche Themen

Herr Vorsitzender RM Pütz berichtet, dass man sich mit den Sprecher*innen der stimmberechtigten Fraktionen aus dem Unterausschuss Wohnen telefonisch über die künftige Arbeitsweise des Ausschusses und mögliche Themen geeinigt habe. Er stellt die Ergebnisse vor:

- Bündelung der Themen, die den Bereich Wohnen betreffen, um gemeinsam zu beraten und zu diskutieren
- Fokus auf die Fragestellung, wie Wohnen sich in Köln entwickelt
- Regelmäßige Darstellung der Fortschritte großer, bedeutender Wohnungsbauprojekte der Stadt seitens der Verwaltung und Diskussion im Gremium
- Politische Beschlusskontrolle der wohnungspolitischen Beschlüsse der Stadt durch den Unterausschuss Wohnen
- Diskussion wohnungspolitischer Ziele mit dem Ergebnis, dass Initiativen auf den Weg gebracht werden.
- Unter dem TOP „Forum“ sollen vertiefte Diskussionen stattfinden, einschließlich des Inputs der Verwaltung.
- Vorstellung des „Instrumentenkoffers Wohnungspolitik“ seitens der Verwaltung, wie beispielsweise Kooperatives Baulandmodell, soziale Erhaltungssatzung, Wohnraumschutzsatzung, etc.
- Hinweise auf bundes- und landespolitische Veränderungen für die Stadt Köln seitens der Verwaltung, wie beispielsweise durch den Koalitionsvertrag.

Nach ca. einem halben Jahr werde das Gremium die Themen und auch die Arbeitsweise reflektieren und bei Bedarf erneut anpassen.

Herr RM Bauer-Dahm bittet darum, dass der Punkt „mündliche Anfragen“ in der Tagesordnung des Unterausschusses mit aufzunehmen sei.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

3 Ausschussempfehlungen an den Rat

3.1 Städtische Katastrophenschutzeinrichtung Boltensternstr. 2-4, 50735 Köln-Niehl hier: Planungsbeschluss für eine Dachsanierung 3067/2021

Frau RM Ruffen bittet darum, künftig die Abstimmungsergebnisse der zuvor getagten Ausschüsse den Vorlagen als Anlage beizufügen, damit man die Vorlagen mit diesem Hintergrundwissen diskutieren könne.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Herr Vorsitzender RM Pütz lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Unterausschuss Wohnen empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung einer Dachsanierung für die städtische Katastrophenschutzeinrichtung unter der Anschrift Boltensternstr. 2-4, 50735 Köln-Riehl, Gemarkung Nippes, Flur 086, Flurstücke 399 und 468.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplanungen auf der Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) mit den Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung, Entwurfsplanung) zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Boden- und Schadstoffgutachten) einzuholen. Die voraussichtlichen Kosten für die Planungsleistungen werden mit rund 85.000 € angesetzt.

Zur Finanzierung der Planungsleistungen stehen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 Aufwandsermächtigungen in Höhe von 85.000 Euro im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.2 Verlängerung Auszugsmanagement 2022/2023 3308/2021

Herr RM Cremer fragt, ob die Verwaltung eventuelle Effekte für den Kölner Wohnungsmarkt durch den Zuzug der Menschen aus anderen Ländern in die Stadt untersucht habe.

Herr Ludwig antwortet, dass es keine Untersuchungen zu diesem Thema gebe.

Herr Vorsitzender RM Pütz lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Unterausschuss Wohnen empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verlängerung der Finanzierung von vier bei Trägern befristeten Stellen im Rahmen des Auszugsmanagements. Die bisherige Befristung zum 31.12.2021 wird um zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2023 verlängert. Als Grundlage dienen die Beschlüsse vom 14.11.2011 (Vorlage 1891/2011 Maßnahmenübersicht), 12.05.2015 (Vorlage 0925/2015 vorzeitige Verlängerung und Erweiterung), 28.06.2016 (Vorlage 1450/2016 Erweiterung), 14.11.2017 (Vorlage 2338/2017 Entfristung von drei Vollzeitstellen - eine

pro Träger - und Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2019), 07.11.2019 (Vorlage 3328/2019 Befristungsverlängerung von vier Vollzeitstellen bis 31.12.2021).

Zur Finanzierung der vier befristeten Stellen stehen vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022 Aufwandsermächtigungen in Höhe von 292.000 € im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

Für das Haushaltsjahr 2023 sind ebenfalls 292.000 € zu berücksichtigen. Das Dezernat für Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2023 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.3 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen, hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet Mülheim Süd-West 2912/2021

Frau Scholz erläutert, dass man den Auftrag erhalten habe, eine vertiefte sozialräumliche Untersuchung für das Gebiet Mülheim Süd-West durchzuführen, die der Beschlussvorlage beiliege. Die Gutachter empfehlen aufgrund des Aufwertungspotenzials in diesem Gebiet eine soziale Erhaltungssatzung zu erlassen. Das Gebiet ist gekennzeichnet durch ein hohes Baualter, Sanierungspotenzial und dem überwiegenden Anteil von Mietwohnungen, insbesondere Kleinwohnungen. Zudem besteht hier ein hohes Verdrängungspotenzial. Man sehe auch eine kritische hohe Wohnkostenbelastung, insbesondere für die Menschen mit geringem Einkommen. Im umgrenzten Bereich gebe es zahlreiche Neubaugebiete; die Untersuchungen haben ergeben, dass die neu Zugezogenen rund 26% höhere Mieten im Vergleich zu den Bestandsmieten zahlen. Dies sei auch möglich, da die Zugezogenen eine komplett andere Sozialstruktur mitbrächten.

Um dem Aufwertungsdruck in diesem Gebiet frühzeitig zu entgegnen, sei die Soziale Erhaltungssatzung erforderlich.

Herr RM Weissenstein bedankt sich für die Erläuterung und die Vorlage und sagt, dass man dieser Vorlage gerne zustimme. Man frage sich allerdings, inwieweit eine soziale Erhaltungssatzung auch für den Mülheimer Norden erforderlich sein könnte. Dementsprechend habe diese Beobachtung bereits in dem Gutachten Beachtung gefunden. Er fragt, ob an diesem Thema weitergearbeitet werde. Man wisse, dass es einen Beschluss aus der Bezirksvertretung Mülheim gebe, dies an dieser Stelle nicht zu tun. Er fragt nach der Einschätzung der Verwaltung.

Frau Scholz antwortet, dass es eine Bürgeranfrage gegeben habe, den Umriss des Gebietes auszuweiten. Die Verwaltung habe dies geprüft und sich derzeit dagegen ausge-

sprochen. Dies habe verschiedene Gründe. Zum einen habe man keine fundierten statistischen Daten zu diesem Gebiet. Zum anderen sehe man in diesem Gebiet auch Potenzial, so wie im Sanierungsgebiet, dass entsprechende städtebauliche Mängel beseitigt werden sollen. Es gebe noch Bedarf für eine gewisse Aufwertung. Man habe hier immer zwei Instrumente. Das Sanierungsgebiet sei quasi die sozial verträgliche Aufwertung. Derzeit arbeite man nicht mit diesem Instrument, habe dies in der Vergangenheit aber stark getan – auch in Mülheim. Auf der anderen Seite gebe es den Schutz vor einer zu starken Aufwertung. In der Vorlage wurde ausführlich begründet, dass die Notwendigkeit einer Erhaltungssatzung für Mülheim-Nord derzeit noch nicht gesehen werde. Dies schließe eine spätere Betrachtung jedoch nicht aus.

Frau RM Ruffen merkt an, dass die FDP Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde, da man der Meinung sei, dass man mehr Wohnungen brauche und nicht die Wohnungen beschränken solle.

Herr Vorsitzender RM Pütz lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Unterausschuss Wohnen empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Satzung zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung gemäß § 172 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Baugesetzbuch (Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist, für das in der Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet Mülheim Süd-West.

Das von der Sozialen Erhaltungssatzung betroffene Gebiet ist in Anlage 1 abgegrenzt und in einem Übersichtsplan dargestellt. Der Satzungsbeschluss umfasst die Flurstücke innerhalb des in der Anlage 1 beigefügten Übersichtsplans gestrichelt gekennzeichneten Fläche. Der Übersichtsplan ist Bestandteil des Satzungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

3.4 Stadtstrategie „Kölner Perspektiven 2030+“ 1987/2021

Herr RM Bauer-Dahm bittet darum, dass die Vorlage ohne Votum in den Rat geschoben werde.

Herr Vorsitzender RM Pütz lässt über die Bitte abstimmen.

Die Beschlussvorlage wird **ohne Votum** in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.5 Ausweitung der präventiven Hilfen zur Vermeidung eines Wohnungsverlustes 3303/2021

Herr Vorsitzender RM Pütz führt an, dass im Vorfeld zu dieser Vorlage mündliche Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen an die Verwaltung geschickt worden seien und übergibt das Wort an Frau Dr. Robinson.

Frau Dr. Robinson entschuldigt sich vorab, dass diese Vorlage so kurzfristig eingereicht worden sei und somit dem Sozialausschuss nicht zum Beschluss vorgelegen habe. Das zuständige Sachgebiet sei derzeit personell sehr knapp aufgestellt.

Auf die Frage, weshalb die Gespräche mit dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) nicht abgewartet werden, antwortet sie, dass man mit dem LVR noch in den Verhandlungen zur finanziellen Beteiligung an der beabsichtigten Ausweitung des Projekts BerMico sei. Allerdings sei man nicht besonders optimistisch, da die aufsuchenden Hilfen in Köln durch die Ausweitung des Streetworks in Nordrhein-Westfalen bereits an der statistischen Spitze der Unterstützungsleistungen liege. Gleichwohl werden weitere Möglichkeiten geprüft, um den städtischen Haushalt zu entlasten. Falls es zu einer Mitfinanzierung des LVR komme, werde man beachten, dass es nicht zu einer Doppelfinanzierung komme.

Zu der Frage, ob man über die 67'er Hilfen abgerechnete Fallpauschalen gegen die Personalkosten rechne, erläutert Frau Dr. Robinson, dass der Gesamtförderung grundsätzlich eine Einnahme/Ausgabe-Berechnung zu Grunde liege und dass die detaillierte Aufstellung mit Abschluss der Evaluation veröffentlicht werde. Hierbei trägt die vorrangige Leistungspflicht anderer Sozialleistungsträger, wie z.B. des Landschaftsverbandes. In dem neuen personenzentrierten Ansatz des Sozialrechtes sei es zunehmend wichtig, für den Einzelnen rechtskreisübergreifend gute Lösungen zu gestalten.

Sie antwortet auf die Frage, wie im Zweifel umgeschichtet werden solle und welche Auswirkungen sich daraus ergeben, dass es sich bei Umschichtungen um ein bewährtes Verfahren in der Verwaltung handelt. Dies werde in den Vorlagen transparent aufgeführt. Man könne noch keine Aussagen machen, wie es sich im Einzelnen später auswirke, dies werde sich bei der konkreten Haushaltsaufstellung zeigen. Im Sozialamt handelt es sich zum größten Teil um pflichtige Leistungen, die man nicht kürzen könne. Inwieweit die freiwilligen Leistungen anzuschauen und gegenüberzustellen sind, könne man derzeit aber noch nicht bewerten. Dies werde sich erst bei der Aufstellung des Haushaltes 2023 zeigen.

Zum Schluss antwortet Frau Dr. Robinson auf die Frage aus dem Finanzausschuss, wie die Personalkosten von 70.900,- Euro pro S12 Stelle zustande kommen, dass es sich hierbei um das Arbeitgeberbrutto handele.

Herr RM Frenzel fragt, wie sich zukünftig nach diesem Konzept die Zusammenarbeit mit dem größten Kölner Vermieter, der GAG Immobilien AG gestalten und ob dort ebenfalls der Sozialdienst Katholischer Männer e.V., SKM Köln, tätig werde oder ob dies weiterhin über die Sozialarbeit der GAG Immobilien AG durchgeführt werde.

Frau Dr. Robinson erläutert, dass dieses Projekt im Zusammenspiel mit dem SKM Köln und der GAG Immobilien AG entstanden sei. Insofern freue man sich sehr, dass die GAG Immobilien AG in diesem Projekt weiterhin auch als Expertin im gesamten Strategieentwicklungsprozess im Kontext Wohnungslosigkeit unterstütze. Die GAG Immobilien AG sei ein wichtiger Partner mit der Expertise und natürlich auch mit deren Wohnraum. Zusätzlich strebe das Sozialamt im Zusammenspiel mit dem Amt für Wohnungswesen auch Gespräche mit anderen Wohnungsbaugesellschaften an.

Frau RM Ruffen fragt, wie der Finanzausschuss abgestimmt habe.

Herr RM Kienitz berichtet, dass die Vorlage ohne Votum geschoben wurde.

Herr Beigeordneter Dr. Rau ergänzt, dass die Vorlage aufgrund der Kurzfristigkeit die erforderliche Vorberatung im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren nicht erreicht habe. Der Finanzausschuss habe für die Beschlussfassung im Rat eine Vorberatung auch in diesem Unterausschuss gesehen.

Herr RM Bauer-Dahm teilt diese Auffassung und führt fort, dass der Unterausschuss alternativ die Vorlage nur zur Kenntnis nehmen und ohne Votum in den Rat verweisen könne.

Herr Beigeordneter Dr. Rau gibt zu bedenken, dass die Tagesordnung für die kommende Ratssitzung bereits sehr lang sei. Insofern plädiere er dafür, über die Vorlage zu beschließen.

Frau RM Ruffen stimmt Herrn Dr. Rau zu, sieht allerdings die Notwendigkeit, die Vorlage zunächst in den Fraktionen vorzubesprechen. Sie gehe davon aus, dass über die Vorlage in der Ratssitzung dann zügig beschlossen wird.

Herr RM Bauer-Dahm teilt die Meinung von Frau Ruffen.

Die Beschlussvorlage wird **ohne Votum** in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

5 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Beantwortung der mündlichen Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Sachstand zur Winterhilfe

Herr RM Rudolph berichtet, dass der Krisenstab am Freitag die Erweiterung der Winterhilfe durch ein Wärmezelt beschlossen habe und fragt nach dem aktuellen Planungsstand.

Herr Beigeordneter Dr. Rau berichtet, dass der Krisenstab eine Einrichtung zur Abfederung der Winterkältegefahren beschlossen habe und die Planung bereits weit fortgeschritten sei. Vor Abschluss der Verträge sei eine abschließende Aussage noch nicht möglich.

Frau Dr. Robinson führt aus, dass aktuell die Verträge zur Prüfung vorliegen und bedankt sich bei allen Beteiligten. Man sei zuversichtlich, noch vor Weihnachten mit dem Zusatzangebot starten zu können.

5.2 Beantwortung einer Anfrage: Altes Krankenhaus Weidenpesch - Sachstand 3759/2021

Zur Kenntnis genommen.

5.3 Beantwortung einer mündl. Anfrage zu TOP 10.11 aus der Sitzung des Finanzausschusses vom 08.11.2021 4183/2021

Zur Kenntnis genommen.

6 Mitteilungen

6.1 Modellversuch des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verlängerung und zum Ankauf von Belegungsbindungen 3739/2021

Herr RM Kirscher bedankt sich für die ausführliche Mitteilung. Er verweist auf die Darstellung in der Mitteilung, dass die finanziellen Mittel nicht ausreichen und bittet die Verwaltung, dies zu prüfen.

Herr Ludwig verweist auf den letzten Satz auf der zweiten Seite der Vorlage, dass das zuständige Ministerium und die NRW.Bank zurzeit die Konditionen mit dem Ziel einer Verbesserung erörtern.

Zur Kenntnis genommen.

**6.2 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Neusser Landstraße 117, 50769 Köln-Fühligen - Haushaltsrechtliche Unterrichtung gem. § 25 I Nr. 2 KomHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung
2897/2020**

Zur Kenntnis genommen.

gez. Pascal Pütz
Ausschussvorsitzender

gez. Alexandra Rieckborn
Schriftführerin